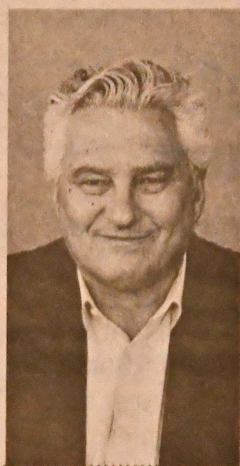


Briefe zur Zeit

In seiner Funktion als Herausgeber nimmt Hubert Patterer jeden Samstag Stellung zu Fragen von Politik und Gesellschaft. Ausgangspunkt ist eine Leserzuschrift.

VON **HUBERT PATTERER**



Sg. Herausgeber!

Als die Dreier-Koalition mit der Arbeit begann, wurden von vielen Seiten Strukturreformen urgiert. Das Budget stöhnt, Einnahmen brechen weg, die Sozialausgaben sind extrem teuer. Der größte Brocken: die Pensionen. 33 Milliarden Euro kosten sie per annum. Zudem sinkt die Geburtenrate wegen Verzichts auf Kinder. Frauen und Männer, die ab

einem bestimmten Alter noch kein Kind bzw. keine Kinder in die Welt gesetzt haben, sollten daher einen um vier Prozent höheren Pensionsbeitrag bezahlen, nach dem ersten Baby nur noch zwei Prozent usf. Denn sie ersparen sich über die Jahre einen sechsstelligen Euro-Betrag.

Univ. Prof. Dr. Adi Wimmer, Keutschach

Sollen Kinderlose mehr einzahlen?

Lieber Herr Prof. Wimmer!

Beim Lesen Ihres Briefes fiel mir das Abschiedsgespräch mit einer Spitzenpolitikerin ein. Ihr Regierungsbüro war schon leerge-räumt. Sie beschrieb das Leben in der Politik als auszehrend, rauschhaft und erfüllend. Es sei ein Leben im Ausnahmezustand gewesen, für den sie einen hohen Preis zu zahlen habe, der ihr erst jetzt bewusst geworden sei: Ihr Leben sei unfreiwillig kinderlos geblieben. Es war ein Bekenntnis unter Tränen. Es erzählte von einem persönlichen Lebensentwurf und dem persönlichen Opfer, das mit ihm einherging. Die Politikerin erlebte es als stille Hypothek. Hätte sie dafür vom Staat auch noch belangt werden sollen, weil die Lebensumstände nicht im Einklang mit dem Generationenvertrag standen?

Ich meine, nein. Fragen der Lebensführung sind der Sphäre des Einzelnen vor-

behalten. Der Staat als strafende Instanz hat hier nichts verloren. Er soll Anwalt des Ja sein, aber nicht Staatsanwalt des Nein. Er soll das Ja zum Kind stärken und privilegieren, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leichter und lebbarer machen; aber er hat keine Lizenz als Daten- und Motivschnüffler, um zu ergründen, ob jemand ungewollt kinderlos bleibt, aus freien Stücken oder aus unfreien wie im geschilderten Fall.

Das heißt nicht, dass eine Steuer- oder Beitragspflicht keine normative Lenkungs-kraft haben darf. Steuer kommt von Steuern. Eine Zucker- oder Kohlendi-oxid-Steuer ist vernünftig und kein Eingriff des Staates in die ureigenste Lebensführung – die Entscheidung für oder gegen Kinder sehr wohl. Kinder sind die schönste Form, die Begrenztheit eigenen Seins zu überwinden. Sie bedeuten eine Zufuhr von Glück, Tiefe, Verzicht, Arbeit und Intensität.

Aber die Entscheidung – so relevant sie auch für die Mechanik des Umlageverfahrens ist – muss ohne den Staat als Über-Ich erfolgen.

Es ist auch zweifelhaft, ob eine Pönalisierung von Kinderlosigkeit mehr Gerechtigkeit brächte: Kinderlose finanzieren auch Schulen und Kindergärten mit. Kinderlosigkeit mag Glücksverzicht zur selbstbezogenen Glücksmehrung sein, eine Folge von Lebensumständen oder des Schicksals. Ausdruck einer per se unsolidarischen Grundhaltung ist sie nicht. Wirksamer und weniger spaltend als höhere Beiträge für Kinderlose wäre die überfällige Justierung des Systems. Der Fortschritt schenkt uns jedes Jahr zwei Monate mehr Leben. Um diese zwei Monate soll Jahr für Jahr das Antrittsalter behutsam ansteigen. Das wäre weniger toxisch und käme jenen zugute, denen wir die Last des brüchigen Generationenvertrags aufbürden: den Kindern.